57. Jahrgang No. 388

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Freitag, 20. August 1909

Ausgehungert!

Ja, er ist wirklich ein gehetztes Wild! Eduard Bernstein nämlich; einer der besten und feinsten Köpfe der Sozialdemokratie; einer der wissenschaftlichsten Schriftsteller Deutschlands; dabei einer der selbstlosesten, uneigennützigsten unter den Genossen, von denen die meisten unter ihnen, die mit Erfolg nach Parteiämtern gejagt haben, nicht wert sind, ihm die Stiefel zu putzen.

Aber was tut's? Der Mann ist „Revisionist", wie andere kluge und gebildete Genossen, wie gerade alle klügeren und gebildeten unter ihnen auch. Und darum ist er bei den Zionswächtern des orthodoxen Marxismus und bei den Machthabern der Partei schon seit langem in Ungnade gefallen. Die Fanatiker des allein seligmachenden Marxismus hätten den Verhaßten am liebsten schon längst öffentlich auf einem Scheiterhaufen verbrannt, wenn diese „Widerlegungstechnik" seit der Inquisition nicht bei allen anständigen Menschen einigermaßen in Mißkredit gekommen wäre, und wenn dieser Tatsache nicht immerhin selbst die intolerantesten Marxisten Rechnung tragen müßten.

Aber wenn das Verbrennen auf dem Scheiterhaufen, zumal bei den teuren Holzpreisen, von den Peter Arbues' der offiziellen Sozialdemokratie nicht mehr praktiziert werden kann, so gibt es dafür ein Mittel, das die Sozialdemokratie, wenn es von der Bourgeoisie angewendet wird, aufs schärfste verdammt, das ihr aber für ihren Hausgebrauch als durchaus unentbehrlich gilt: Das erprobte Mittel heißt Stockprügel auf den Magen.

Eduard Bernstein hat diese Kost seit Jahren zu schmecken bekommen. Er gehört, obwohl er der beste Schriftsteller der sozialdemokratischen Partei ist, zu ihren boykottiertesten geistigen Arbeitern. Ein offizielles Verbot gegen die Aufnahme Bernstein'scher Beiträge in die Parteipresse existiert allerdings nicht: so plump geht man bei der Aushungerung des Opfers natürlich nicht vor. Aber behandelt wird der Schriftsteller Eduard Bernstein so, als ob ein solches Verbot, mit der Todesstrafe für die Zuwiderhandelnden, erlassen worden wäre. Bernstein's Bücher werden von der Parteipresse so gut wie totgeschwiegen. Selbst seine vortrefflichste, inhaltsreiche, für Freund und Feind hochwertvolle, als Quellenwerk unvergleichlich schätzbare Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung existiert nur für einen kleinen Kreis jener Genossen, die das bisher bis zum zweiten Bande gediehene Werk fleißig benutzen, es aber nie öffentlich als Quelle ihrer Weisheit nennen und anerkennen. Das Montagsblatt, das Eduard Bernstein, um sich eine Existenz zu gründen, ins Leben zu rufen versuchte, erlag dem organisierten Ansturm seiner Ketzerrichter.

Stockprügel auf den Magen! Denen, die sie als offizielle Parteiprügler dem auserwählten Opfer beibringen, tun sie nicht weh! Bewahre! Es gibt Parteisadisten, denen es sicherlich sehr wohl tut, diese Prügelstrafe an dem mißliebigen Genossen vollziehen zu dürfen. Aber der, der die Prügel empfängt, der empfindet sie als solche, und die Zuschauer dieser schon jahrelang fortgesetzten Prügelkur, sie wissen, was auch sie dabei zu empfinden und zu denken haben. . . .

Nun hat der geprügelte Fürsorgezögling der Parteisadisten das schwere Verbrechen begangen, ohne die leiseste Verletzung irgendeines sozialdemokratischen Grundsatzes, in einem vielgelesenen bürgerlichen Blatte*) eine reaktionäre Maßnahme preußischer Verwaltungs- und Vergewaltigungskunst nach Verdienst zu geißeln und zugleich an das Gerechtigkeitsgefühl auch nichtsozialdemokratischer Kreise zu appellieren: wie auf Kommando fällt die ganze Meute der orthodoxen sozialdemokratischen Ketzerrichter unter Führung der Leipziger Großsiegelbewahrer des wahren sozialdemokratischen Glaubens über den Verbrecher her und schreit in wahrer Verserkerwut: „Ecrasez l'infame!", „Nieder mit dem Elenden!". Nur ein Blatt in dem ganzen Chorus der Parteipresse findet ein paar leise Worte der Entschuldigung für den systematisch Ausgehungerten: die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung" kann sich nicht entbrechen, zu erklären, daß, wenn man sieht, „wie traurig es um die materielle Lage des Genossen Bernstein" steht, es „ihm nicht zu verargen ist", wenn er sich auch außerhalb der Parteipresse an die Genossen wenden will. . . Eine Stimme, die das Prinzip und das Verfahren des Aushungerns nicht ganz ohne Mitleid mit dem Delinquenten kommentiert!

* * *

Um Herrn Eduard Bernstein nicht vollends der Rache seiner fanatischen Verfolger auszuliefern und um sie nicht zu dem Aeußersten gegen das Opfer ihres Hasses zu reizen, erklären wir vor aller Welt, daß Eduard Bernstein diesem Artikel vollständig fernsteht, ihn weder direkt oder indirekt veranlaßt, noch von seinem Erscheinen irgend etwas eher gewußt hat als irgend ein anderer Leser der „Berliner Volks-Zeitung", der diese Nummer aus der Hand der Zeitungsfrau empfangen hat. Wir haben diese Zeilen nur geschrieben, weil wir die Stimme der Gerechtigkeit ertönen zu lassen gewöhnt sind auch da, wo es sich um einen politischen Gegner handelt, wenn wir gegen ihn die Grundsätze der politischen Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit in schnöder Weise verletzt sehen.

*) Im „Berliner Tageblatt" vom Mittwoch, 18. d. M.

Vom Bierkriegsschauplatz.

Aus **Leipzig** wird uns geschrieben:

In dem Kampfe zwischen dem Leipziger Brauereiverein und den Gastwirten über die Erhöhung der Bierpreise spitzt sich die Lage immer mehr zu, und es werden bereits zahlreiche Stimmen laut, die einem regelrechten Gastwirtestreik das Wort reden. Der Brauereiverein hat durch sein schroff ablehnendes Verhalten, den geforderten Betrag von 3,20 auf 2,20 Mark pro Hektoliter zu ermäßigen, die Situation noch dadurch verschärft, daß er, wie von der „Berl. Volks-Zeitung" bereits gemeldet, den Gastwirteverbänden mitteilte, jedes weitere verhandeln in dieser Frage lehne er ab. Daraufhin nahmen die Leipziger Gastwirte in einer von dem sozialdemokratischen Verbande der Freien Gast- und Schankwirte (Zahlstelle Leipzig) einberufenen und von über 1500 Personen besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zu dem Beschlusse der Brauereien. Vollzählig war dazu auch der große Lokalverband der vereinigten Gastwirtsvereine Leipzigs erschienen. Die Versammlung griff die Brauereien scharf an. Ein Antrag, vom nächsten Sonntage an den Verkauf von Bier in den Restaurationen gänzlich einzustellen, um die Brauereien zum Nachgeben zu zwingen, wurde, trotz der großen Sympathie für dieses Kampfmittel, von der Versammlung vorläufig abgelehnt, weil man es für den alleräußersten Fall zur Hand haben will. Einstimmig angenommen wurde dagegen ein Antrag, der den Verband der Freien Gastwirte ermächtigt, als letzten Versuch zur friedlichen Beilegung des Kampfes die Leipziger Handelskammer als Einigungsamt anzurufen, wozu eine gemischte Kommission gebildet werden soll.

In **Dresden** zeigt sich in voller Schärfe, was wir wiederholt ausgesprochen haben. Die Gastwirte werden von dem Fischzug der Brauereien den größten Nachteil haben. Es wird uns von dort berichtet:

Nachdem die großen Ferien ihr Ende gefunden haben, die Familien wieder aus den Sommerfrischen und Bädern nach Hause zurückgekehrt sind und der Fremdenstrom bedeutend nachgelassen hat, hat der Kampf zwischen dem biertrinkenden Publikum einerseits und den Gastwirten und Restaurateuren andererseits eine wesentlich verschärftere Form angenommen. Während in vielen anderen Städten ein Krieg zwischen Brauereien und Wirten entbrannt ist, herrscht in Dresden zwischen diesen beiden Faktoren die größte Einigkeit. Ohne Murren haben die Dresdener Wirte die ihnen von den Brauereien aufgedrungene Preissteigerung entgegengenommen, denn die größte Mehrzahl der Wirte befindet sich zu den großen Brauereien in einem Abhängigkeitsverhältnis, das zwar als sehr drückend empfunden wird, die Wirte aber daran hindert, sich energisch gegen die Bierverteuerung seitens der Brauereien aufzulehnen. Nur einigen wenigen Wirten ist es möglich, das sie drückende Joch abzuschütteln, die meisten haben entweder Darlehen, oder die Besitzer ihrer Lokale sind die Brauereien. Die Dresdener Gastwirte glaubten nun ohne weiteres, wie ihnen dies die Brauereien aufgeschwatzt hatten, dem Publikum die enorm erhöhten Bierpreise aufzwingen zu können. Aber nachdem schon von Anfang an die energischen Proteste seitens des Publikums allgemeinen Beifall gefunden, hat die Bewegung gegen die Wirte, seitdem die Ferien beendet sind, an Umfang zugenommen. Es macht sich eine regelrechte Flucht der Bierkonsumenten bemerkbar, die stetig im Wachsen begriffen ist.

Dresden ist eine Beamtenstadt, und die mit irdischen Gütern nicht sonderlich gesegneten kleinen und mittleren Beamten, die bislang die großen sogenannten echt bayerischen Bierstuben bevölkerten, sind nicht in der Lage, den Preisaufschlag von 5 Pfennig pro 0,3 Literglas ohne weiteres hinzunehmen. In Lokalen, wo sonst nie ein Apfel zur Erde fallen konnte, herrscht jetzt eine gähnende Leere, und selbst die in Dresden höchst beliebten „Schlachtfeste" üben nicht mehr die alte Anziehungskraft aus. Die täglichen Biertrinker bleiben fern, und der Konsum ist enorm zurückgegangen.

Selbst der Flaschenbierhandel hat eine große Einbuße erlitten, die sich namentlich in Fabrik- und Bankantinen besonders fühlbar macht. In Kantinen, die sonst täglich bis zu 1000 Flaschen Bier umsetzten, werden jetzt nur noch einige Dutzend Flaschen verkauft. Einige Wirte beginnen bereits, um ihre Existenz nicht aufs Spiel zu setzen, das Bier wieder zum alten Preise zu verkaufen. Große Plakate zeigen das in weithin sichtbarer Schrift an. Wenn die Dresdener Wirte bei ihren bisherigen Beschlüssen beharren sollten, dürfte die Flucht oder passive Resistenz der Biertrinker noch bedeutend an Umfang zunehmen. Das Ende vom Liede wird die Vernichtung mancher Wirtexistenz sein.

Aus **Greiz** wird uns gemeldet:

Eine vom Hauptvorstand des sozialdemokratischen Vereins für Reuß ä. L. und vom Vorstande des Gewerkschaftskartells in Greiz einberufene Versammlung hat sich infolge der Bierpreiserhöhung für den allgemeinen Bierboykott durch völlige Enthaltsamkeit ausgesprochen. Einen gleichen Beschluß haben die Gewerkschaften in **Rudolstadt** gefaßt, während das Gewerkschaftskartell in **Pößneck** die Vereine aufforderte, keinerlei Festlichkeiten zu veranstalten, solange der Bierpreis erhöht ist.

Aus **Kiel** schreibt uns unser dortiger Mitarbeiter:

Infolge des Preisaufschlages von zwei Pfennig für die Flasche Bier ist in weiten Kreisen der Arbeiterschaft der Biergenuß in den Fabriken und Werkstätten wie auf den Werften und Bauten auf ein Minimum zurückgegangen, teilweise sogar ganz eingestellt worden. Dafür ist der Konsum alkoholfreier Getränke und namentlich von Milch enorm gestiegen.

Also auf der ganzen Linie dasselbe Schauspiel: Die Brauereien schöpfen die Sahne ab, und die Wirte sind die Geleimten! Unsere wiederholten eindringlichen Mahnungen an die Großbrauereien, sie möchten sich vor einer übermäßigen Anspannung der Bierpreise hüten, sind in den Wind geschlagen worden: Die Folgen zeigen sich genau so, wie wir sie in Aussicht gestellt haben! Wird auch der Rückgang des Bierkonsums die Brauereien nicht zur Einsicht bringen, daß sie sich durch die Maßlosigkeit ihrer Preispolitik trotz des vorübergehenden Mehrgewinnes auf die Dauer selbst am schwersten schädigen?

Schon wieder ein Landrat

als Buchhändler.

An einem drastischen Fall zeigt jetzt wieder die liberale „Kösliner Ztg.", um was sich die Landräte in Pommern alles bekümmern. Der Kösliner Landrat hat hiernach am 3. April an die Gemeinde- und Gutsvorsteher eine Rundverfügung erlassen, worin zur Bestellung von möglichst vielen — Kreiskalendern aufgefordert worden sein dürfte. Diese Verfügung ist wohl vernünftigerweise vielfach in den Papierkorb geschleudert oder sonst zu Makulaturzwecken verwendet worden. Denn am 23. Juni ersucht der Landrat im Kreisblatt „diejenigen Guts- und Gemeindevorsteher, die mit der Erledigung meiner Rundverfügung vom 3. April dieses Jahres betreffend Bestellung des Kreiskalenders im Rückstande sind, um Mitteilung der gewünschten Anzahl des Kalenders binnen längstens 14 Tagen". Es folgt dann am 15. Juli ein weiteres „dringendes Ersuchen binnen spätestens 10 Tagen" zu demselben Zweck. Auch das hat anscheinend noch nicht durchschlagend gewirkt. Denn am 28. Juli werden diesmal die Herren Gemeindevorsteher von 29 Ortschaften und die Herren Gutsvorsteher von 27 Gutsbezirken, die namentlich aufgeführt werden, „unter Bezugnahme auf die Kreisblattbekanntmachungen in Nr. 51 und 57 ersucht, die Anzahl der gewünschten Kreiskalender für 1910 bis zum 10. August bestimmt anzugeben". Unterzeichnet sind die Bekanntmachungen einmal mit: „Der Landrat" und zweimal mit: „Der Vorsitzende des Kreisausschusses". Es ist also kein Zweifel, das der Landrat in seiner amtlichen Eigenschaft und durch die Autorität seines Amtes seine buchhändlerischen Erfolge zu erringen sucht. Und was ist es nun für ein literarisches Meisterwerk, dem soviel amtliche Arbeit und Druckerschwärze gewidmet wird?

Es handelt sich um ein konservativ-muckerisches Geistesprodukt gewöhnlichster Art, das hier mit öffentlichen Mitteln vertrieben wird! „Die Liberalen müssen es", so bemerkt die „Kösl. Ztg." mit Recht, „als eine Beleidigung und als eine Schmach empfinden, wenn mit öffentlichen und amtlichen Mitteln gegen sie gehetzt wird. Wenn das im diesjährigen Kalender und im Zeichen der Blockpolitik möglich war, wie wird erst der nächstjährige aussehen, nachdem der blauschwarze Block seine fröhliche Auferstehung gefeiert hat!"

Es scheint, als ob die Minister völlig machtlos sind gegen einen derartigen Mißbrauch öffentlicher Aemter. Oder fehlt es immer noch an einem generellen Verbot der Ausübung buchhändlerischer Kolportage zugunsten der konservativen Parteien??

Deutschfeindliche Exzesse

wurden gestern in Gablonz in Böhmen veranstaltet. Ein Telegramm aus Prag berichtet darüber:

Gestern kam es in Gablonz wegen eines in Aussicht genommenen tschechischen Trutzfestes zu großen antitschechischen Demonstrationen und dabei zu Zusammenstößen, bei denen drei Deutsche ernstlich verletzt wurden. Die Stadthalterei hat zugesagt, daß sie das Tschechenfest verbieten werde.

Die englisch-österreichischen Differenzen,

die durch die schneidige Annexionspolitik des österreichischen „Bismarck", des jetzigen Grafen Aehrenthal, hervorgerufen worden waren, und die zu sehr scharfen Angriffen der englischen Presse gegen die österreichische Politik geführt hatten, scheinen jetzt ausgeglichen werden zu sollen. In einem offiziösen Artikel des „Wiener Fremdenblattes", des Organs des Grafen Aehrenthal, wird unter anderem folgendes ausgeführt:

Der Depeschenwechsel zwischen Kaiser Franz Josef und König Eduard nach dessen Ankunft in Marienbad ist in der Oeffentlichkeit als eine Bestätigung der mehrfachen Versicherungen aufgefaßt worden, daß das persönliche Verhältnis beider Herrscher unverändert herzlich geblieben ist. Die Richtigkeit dieses Eindrucks erweist der warme Trinkspruch des Königs aus Anlaß des Geburtsfestes des Kaisers. Diese Kundgebungen sind zugleich ein Symbol für die fortschreitende größere Freundlichkeit im Verkehre beider Länder. Auch die englische Presse zeigt eine veränderte Haltung, insbesondere ein Artikel der „Times" verrät eine deutliche Wendung zugunsten Oesterreich-Ungarns. Wir nehmen dies als einen Beweis für die Aufrichtigkeit des Wunsches, daß die alten Beziehungen in ihrer früheren Herzlichkeit wiederhergestellt werden mögen.

Wir dürfen wohl mit den „Times" die Erwartung hegen, daß Oesterreich-Ungarn und England sich recht bald wieder besser verstehen lernen werden, als dies im letzten Jahre der Fall war. Der Wille zur Selbständigkeit, den die „Times" als Hauptmerkmal der Politik Aehrenthals hervorheben, wird dem nicht im Wege stehen, vorausgesetzt, daß man eine solche Politik der Monarchie in England nicht in einem Sinne interpretiert, den wir ihr im Hinblick auf unseren deutschen Verbündeten nicht zu geben wünschen.

Die letzten Worte der offiziösen Auslassung des Organs des Grafen Aehrenthal klingen etwas geheimnisvoll. Es sieht beinahe so aus, als ob von englischer Seite Versuche unternommen worden sind, Oesterreich-Ungarn dem Bündnisse mit Deutschland zu entfremden.

Die persischen Parlamentswahlen.

Ein Telegramm der „Köln. Ztg." aus Teheran meldet: Die Wahlen sind beendet. Es wurden zwei Geistliche gewählt, ebenso Tagisadeh. Alle Gewählten gehören der Fortschrittspartei an. Ueber den Ausgang der Wahlen in den Provinzen liegen noch keine Meldungen vor.